

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerel Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Hack, beide in Wildbad.



Nummer 76

Wildbad, Samstag, den 3. April 1920.

54. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Osterglauben.

Du wirst niemals zu einem Osterglauben kommen, der Wahrheit hat und Wert, wenn du nicht in die selbst ewiges Leben sich regen läßt.

Jr. Mittelmeyer.

Wochenrundschau.

Unter äußerst schwierigen Umständen und nach mancherlei Wandlungen ist das neue Reichskabinett gebildet worden, wenn man von einem neuen Ministerium reden will, denn die jetzige Reichsregierung setzt sich in der Hauptsache aus den früheren Kabinettsmitgliedern zusammen und nur drei Minister sind neu hinzugekommen. Aus dem Kabinett Bauer wurde ein Kabinett Müller. Die Tatsache, daß ein neues Kabinett am 29. März sich der Nationalversammlung vorstellen konnte, ist aber allein schon ein Zeichen, daß wir aus den Wirren der letzten Wochen langsam wieder herauskommen. Die gefährlichste Krise ist überstanden. Vor acht Tagen noch war das keineswegs sicher. Der Ausschluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten hatte für die vor einem Beschluß abhängige Beendigung des Generallstreiks Bedingungen gestellt, die das Beibehalten der seitherigen Koalitionsregierung ernstlich in Frage stellten und, wenn sie resillos angenommen worden wären, die fernere Mitwirkung der Zentrumspartei und der demokratischen Partei unmöglich gemacht hätten. Aber keine Suppe wird so heiß gegessen, als sie gekocht wird und mit den Stunden kam auch der Rat. Es gehörte eine nicht geringe politische Geschicklichkeit dazu, die in greifbarer Nähe gerückte reine Arbeiterregierung abzuwenden, durch die das weit überwiegende Bürgertum von der Regierung glatt ausgeschlossen worden wäre. Ein vollkommener Zusammenbruch und vielleicht ein furchtbarer Bürgerkrieg wäre die Folge gewesen. Daß heute ohne die Arbeiter oder gegen sie nicht regiert werden kann, ist eine allgemein erkannte und anerkannte Tatsache, aber Maß muß sein in allen Dingen. Das hat man denn auch auf Seiten der Gewerkschaften eingesehen, von denen ein Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, Crispian, bei dieser Gelegenheit sagen konnte, sie seien zum ersten Mal um eines rein politischen Hintergrunds willen aus ihrer herkömmlichen Neutralität herausgetreten und haben den größten Kampf geführt, den die Arbeiterschaft in Deutschland je gesehen habe.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. März legte Reichskanzler Müller die Richtlinien seines Kabinetts dar. Es wird die Geschäfte fortführen, bis der Reichstag — wahrscheinlich Ende Mai — gewählt ist. Eine besondere Aufgabe erblickt die Regierung in der unumgänglichen Bestrafung der Teilnehmer am Rutsch des Herrn Kapp, von denen eine ganze Anzahl bereits verhaftet oder fluchtlos verfolgt ist. Zunächst ist mit der Einziehung der Vermögen der Beteiligten begonnen worden. Strafe muß sein; aber man wird dem Zentrumsabgeordneten Volk zustimmen müssen, wenn er verlangt, daß der Anführer der roten Radikalen im Ruhrgebiet, im Voigtland usw. mindestens dieselbe strenge Abhandlung erheische. Da wird gemordet, geplündert und gebrandschandt, wie nur je einmal in einem wilden Krieg. Daß dabei russische Bolschewisten mitwirken, gibt der Sache eine besondere Bedeutung. Unter den gefallenen Anführern in Magdeburg wurden verschiedene Russen festgehalten. Also die Bolschewisten haben die Hand im Spiel.

Diese Tatsache sollte doch auch der Entente zu denken geben, und darum ist es schwer zu verstehen, wie sie der deutschen Regierung bei dem Ansuchen, Verstärkungen in das Ruhrgebiet zur Herstellung der Ordnung senden zu dürfen, solche Schwierigkeiten in den Weg legte, daß Frankreich entgegen der Besehung von Frankfurt, Darmstadt und einiger anderer Städte als „Bürgerschaft“ verlangte. Sehen denn die Verbündeten nicht ein, welchen Dienst Deutschland ihnen selbst leistet, wenn es die bolschewistischen Zudrungen an ihrer Grenze unterdrückt? Und immer wieder ist es das habbeidete Frankreich, das die Schwierigkeiten macht. Die Amerikaner sind hell-sichtig und klug genug, um die Aufgabe Deutschlands zu erkennen und zu würdigen; in einer in Paris übergebenen

Note billigen sie die deutsche Forderung und mißbilligen die französische. Die Italiener bezeichnen die Haltung Frankreichs so ungefähr als gefährliche Verböhrtheit und selbst England kann die Berechtigung des deutschen Vorgehrens nicht bestreiten, aber Lloyd George wagt sich nicht in offenen Gegensatz zu Frankreich zu stellen. Es ist ja ohnedies zwischen den Verbündeten längst nicht mehr alles so, wie es einst war. Der frühere Wiederaufbau-Kommissar Barthou hat erst in der französischen Kammer sein Herz ausgeschüttet. England habe vom ganzen Krieg nur den Profit, Frankreich die Lasten gehabt. Das war noch nie anders. Barthou hätte also nicht nötig gehabt, sich in eine Bitterkeit gegen die Engländer hineinzureden. Bezeichnend ist der Vorfall, der in Paris und London peinliches Aufsehen machte, trotz alledem. Denn was Barthou öffentlich aussprach, denkt jeder Franzose bei sich. Aber daß wir Deutschen die Prügelknaben sein sollen, das ist doch nicht einzusehen. Der Reichskanzler sagte in der Nationalversammlung, daß er auf das französische Ansinnen sich — natürlich — nicht einlassen werde. Mit dem Anruhr muß die Regierung schließlich auch ohne die Gnade des Verbands fertig werden. Sie hat in Bielefeld mit Vertretern der Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien ein Abkommen getroffen, das die Forderungen der Berliner Gewerkschaftszentrale zur Grundlage hatte. Aber die „Kampfbündel“ der Roten Armee hielt sich nicht daran. Am 28. März sandte nun die Regierung ein Ultimatum.

30. März mittags 12 Uhr sollten die Waffen niedergelegt, die Gefangenen befreit und die Berliner Regierung anerkannt werden. Die Frist verstrich, aber die Untertwerfung erfolgte nicht. Es wurden neue Verhandlungen geführt und es scheint, daß die Regierung das Ultimatum zurückgezogen hat. Jedenfalls sind die Machtbefugnisse des militärischen Befehlshabers im Ruhrgebiet, des Generals von Watter, dessen Abberufung die Aufständischen verlangen, durch die Entsendung des mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Zivilkommissars Severing in das Aufstandsgebiet wesentlich eingeschränkt worden. Ueber die goldene Brücke sind nun auch die Gewerkschaftsleiter und die Führer der Unabhängigen gegangen. Für den Fall, daß die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet einmarschierten, war der Generallstreik angedroht, der sich wohl über einen großen Teil des Reichs erstreckt hätte. Allerdings, auch in Süddeutschland, war man auf das „Loschlagen“ gefaßt, das tatsächlich geplant gewesen zu sein scheint, denn die Regierungen hatten umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Da wurde aus Berlin gemeldet, daß der Generallstreik einstimmig abgelehnt sei. Sollten nun doch Unruhen ausbrechen, so werden sie voraussichtlich vereinzelt bleiben.

Auch Dänemark hat seine Krise. Und das hat die Abstimmung in Nord-Schleswig getan. Eine politische Richtung in Dänemark kann von der schönen deutschen Provinz Schleswig nicht getrennt bekommen. Die erste Abstimmungszone ist ja leider mit einigen Bezirken, die überwiegend deutsch waren, verloren gegangen. Die zweite Zone, namentlich die fast rein deutsche Stadt Flensburg, hätten jene Dänen nun auch gern haben wollen, obgleich die dänische Bevölkerung dort kaum den siebten Teil der Bevölkerung ausmacht. Mit glühender Unterstützung der englischen und französischen Beziehungen hoffte man sich über die Kleinigkeit des Friedensvertrags, der die Abstimmung entscheidend sein läßt, schon wegsetzen zu können. Der Stimmzettel hat bekanntlich zugunsten Deutschlands entschieden. Das warnte die Amerikantischen mächtig und sie wandten sich an den König Christian X., ob da nicht doch noch etwas zu machen wäre. Der König ging auf ihre Pläne ein und es wurden dänische Truppen in die erste Zone und Kriegsschiffe abgeleitet, die gegen das historische Deutschland nötigenfalls einen Handstreich ausführen sollten. Aber das Ministerium zählte widerrechtlich dem Plan mit aller Entschiedenheit; es hielt an dem Selbstbestimmungsrecht fest, und lehnte die Einverleibung der zweiten Zone im Hinblick auf das Ergebnis der Abstimmung ab. Der König ließ sich von der Gegenpartei dazu drängen, am 29. März das Ministerium Jable gegen seinen Willen zu verabschieden und ein neues Kabinett bilden zu lassen, von dem erwartet wird, daß es den Kriegsgewinnern willfähriger sei. Das alte Kabinett und dessen Parteien, die Sozialdemokraten und Radikalen, sind aber keineswegs gewonnen, den Gewaltakt hinzuneh-

men; und am Dienstag soll der Generallstreik einsetzen. Der König hat sich eine böse Suppe eingebrockt. Einen gehörigen Denkfettel hat er verdient und der wird ihm wohl auch werden.

Als Kuriosum verdient erwähnt zu werden, daß die bolschewistische Regierung in Moskau wieder einmal ein Friedensangebot der ganzen Welt gemacht hat, im gleichen Augenblick, wo sie den Aufruhr in Deutschland und im Zusammenhang damit den großen Angriff auf Polen ins Werk setzt.

Wilson will die Türkei aus Europa hinausdrängen.

Washington, 1. April. Wie Reuters meldet, ist in der Türkeifrage die Antwort der Vereinigten Staaten auf die letzte Note der Verbündeten abgefaßt worden. Die Antwort bemerkt, es sei unter den augenblicklichen Umständen nicht ratsam, daß die Vereinigten Staaten auf der Konferenz der Entente-Staatschefs vertreten seien, aber sie müssen ihre (d. h. Wilsons) Ansicht über die Sache offen zum Ausdruck bringen, daß es nämlich ein Übel sei, die Türkei in Europa zu belassen.

Rotterdam, 1. April. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ heißt es in der Note der Vereinigten Staaten unter anderem:

Die Beweisgründe, die gegen die Belassung der Türkei in Konstantinopel sprechen, umfassen gebieterrische Umstände, die unmöglich übersehen werden können. Der Internationale Rat, der ins Leben gerufen werden soll, um Konstantinopel und die Meerengen zu verwahren, kann nur dauernden Charakter haben, wenn die Lebensinteressen Rußlands, sofern es eine Regierung erhält, hat, die von der zivilisierten Welt anerkannt werden kann, berücksichtigt werden. Auch in der Frage der Durchfuhr durch die Meerengen und ihre Verwaltung in Kriegszeiten sollten ohne die Zustimmung Rußlands keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden.

Es erscheint billig, daß der Teil Westthrazien, der außerhalb der für Konstantinopel vorbehaltenen Zone liegt, mit Ausnahme des nördlichen Teils der Provinz an Griechenland kommt.

Da jedoch die Bevölkerung des nördlichen Teils bulgarisch ist, so fordern Recht und Gerechtigkeit, daß die Städte Adrianopel und Kirklisse mit den umliegenden Gebieten an Bulgarien kommen. Der Anspruch Bulgariens auf diese Gebiete stützt sich auf völkische und geschichtliche Gründe, muß jedoch hauptsächlich deshalb in günstige Erwägung gezogen werden, da Bulgarien gewonnen wird, rein bulgarische Gebiete an seiner Westgrenze an Serbien abzutreten, damit dieses Land ein günstige strategische Grenze erhält.

Wilson fordert außerdem die entgegenkommendste Behandlung Armeniens durch die zivilisierte Welt. Die Grenze Armeniens muß so gezogen werden, daß alle gerechten Ansprüche des armenischen Volks erfüllt werden. Da ein Zugang zur See für den Bestand Armeniens unerlässlich ist, so sieht der Präsident die Zugehörigkeit des Hafens von Trapezunt an Armenien vor.

Mit Bezug auf die Abtretung der Rechte der Türkei auf Mesopotamien, Arabien, Palästina, Syrien und einiger Inseln schlagen die Vereinigten Staaten die Befolgung des Verfahrens, das auch bei Oesterreich angewandt worden ist, vor: Die Türkei müsse diese Provinzen an die Großmächte aushändigen, und diese müßten deren Schicksal beschließen. Die Note fährt fort:

Was die Abmachungen bezüglich Smyrna anlangt, so ist die amerikanische Regierung nicht in der Lage, darüber eine Meinung auszusprechen, da diese Frage zu umfangreich ist, als daß die amerikanische Regierung bei dem geringen Material, über das sie verfügt, ein genaues Urteil darüber sich bilden kann. Die amerikanische Regierung vertraut darauf, daß die türkische Frage mit Ehrlichkeit und unter reinlicher Rücksicht auf die Handelsinteressen der Sieger, der Besiegten und der Neutralen behandelt werden wird.

Ereignisse im Reich.

Berlin, 3. April. Während in Berlin die Gefahr des Generallstreiks für den Augenblick beseitigt ist, treiben die wilden Verhältnisse im Ruhrgebiet mehr und mehr der Katastrophe zu. Die sozialdemokratischen Führer bei-

der Richtungen haben keinen Einfluß auf die toten Wägen mehr. Der „Vorwärts“ schreibt, die Herrschaft der wilden Dorden müsse gebrochen werden; jedenfalls sei das Einrücken der Reichswehr das kleinere Uebel.

Essen, 3. April. Eine Versammlung der Vertreter des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter forderte die Regierung auf, mit aller Entschiedenheit der Pöbelherrschaft im Ruhrgebiet ein Ende zu machen und den Aufständern nicht weiter entgegenzukommen. General v. Watter dürfe nicht abberufen werden.

Auf dem Weg von Berlin nach Essen sind innerhalb des Ruhrgebietes 20 Millionen Mark verschwunden.

Essen, 1. April. Einem Aufruf des Zentralkomitees zufolge findet nachmittags 3 Uhr in Essen eine Vollversammlung aller Volksgenossen des Industriegebietes Rheinland-Westfalen statt, um zu beschließen, ob der Generalfreistreich auf Grund der Erklärung der Regierung und der nachfolgenden Verhandlungen in Münster aufgehoben werden soll.

Paris, 3. April. Im Volkshausberichtete General Kollert, der Vorsitzende der feindlichen Ueberwachungskommission in Berlin, über die Vorgänge in Berlin. Er erklärte, es sei unmöglich, weil gefährlich, den Deutschen die Verstärkungen der Reichswehr im Ruhrgebiet zu gestatten.

Der Angriff auf Wesel.



Neues vom Tage.

Maßregelung Wangenh. im.

Berlin, 3. April. Der preussische Landwirtschaftsminister Braun hat den Vorstand der Pommerischen Landwirtschaftsvereine, Herrn v. Wangenheim, den bekannten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, zur unverzüglichen Niederlegung seines Amtes zu veranlassen, weil Wangenheim nicht abgeneigt gewesen sei, das Landwirtschaftsministerium unter der Herrschaft Kapp zu übernehmen.

Berlin, 1. April. Der Abgeordnete Garnich (D. Volksp.) hat an die preussische Staatsregierung die Anfrage gerichtet: Nach einer anscheinend amtlichen Mitteilung war die Untersuchung über die Steuererklärung des früheren Reichsfinanzministers Erzberger bereits vor einigen Wochen nahezu abgeschlossen. Ist die preussische Staatsregierung in der Lage, nunmehr über das Ergebnis dieser Untersuchung Auskunft zu geben?

Generalswechsel in Oberschlesien.

Berlin, 3. April. Dem „Vokalanzeiger“ zufolge ist der kommandierende General des 6. Armeekorps, Lequis, auf Antrag des Reichskommissars für das unbefestigte Schlesien seiner Stellung enthoben worden. Sein Nachfolger soll der badische General v. Horn werden.

Neuer Oberpräsident in Ostpreußen.

Berlin, 3. April. Nach dem „Berl. Tageblatt“ ist zum Oberpräsidenten von Ostpreußen der demokratische Abgeordnete Justizrat Dr. Siehr-Justerburg ernannt worden.

Essen, 1. April. Der Rote Zentralkomitee verbietet in einem Aufruf an alle Zeitungen Westfalens und des Rheinlands den Abdruck des von den christlichen Gewerkschaften veröffentlichten Protestes gegen den Generalfreistreich.

Der Streit um den Kaiser.

Haag, 3. April. Die Verbündeten haben der holländischen Regierung auf deren Note über die (wiederholt verzögerte) Auslieferung des Kaisers Wilhelm geantwortet, daß sie die Stellung Hollands annehmen, daß sie aber Holland verantwortlich machen müßten, wenn der Kaiser seinen neuen Aufenthalt in Doorn (Prov. Utrecht) verlasse und dadurch den Verbündeten neue Schwierigkeiten erwachsen würden.

Die Wünsche der Tiroler.

Wien, 3. April. Eine Abordnung des Landesrats und der Landesregierung Tirols übergab gestern dem Staatskanzler Renner die Beschlüsse des Landesrats, worin zur Ueberwindung des Ernährungsnotstands besonders der wirtschaftliche Ausbruch Tirols an das Deutsche Reich gefordert wird. Renner erklärte, zurzeit sei die Republik an den Frieden von St. Germain gebunden. Die gegenwärtige Bewegung auf Abänderung des St. Germainer Friedens sei völlig aussichtslos. Die Lage Oesterreichs wie des Deutschen Reichs durch eigenmächtige und vorschnelle Abmachungen noch mehr zu erschweren, liege nicht im Interesse der Republik. Der einzige zum Ziel führende Weg sei, daß Deutsch-Oesterreich sich an den Völkerbund wende, um dem Land und Volk die wirklich lebensfähige Grundlage zu sichern. Er werde die Beschlüsse des Landesrats der Völkerverhandlung unterbreiten. Um den Auftraggebern und der Öffentlichkeit Meinungen des Landes zu genügen, fragte die Abordnung

bei den fremden Missionen wegen eines Empfangs an, sie erhielt aber bisher keine Antwort.

Streit in Lothringen.

Paris, 1. April. Havas meldet aus Metz, die Bergarbeiter und Metallarbeiter haben für den 1. April einen neuen Tarif verlangt und, da ihnen bis jetzt noch keine genügenden Vorschläge zugegangen seien, für den 1. April den Streik erklärt.

Das Home-Rule-Gesetz angenommen.

London, 3. April. Das Unterhaus hat das Gesetz der Selbstverwaltung für Irland mit 348 gegen 94 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. — Im Laufe der Erörterung erklärte Carson, Ulster würde sich der Parlamente bedienen, so gut es irgend möglich sei, Lloyd George sagte, er glaube, daß im Laufe der Zeit eine Einigung zwischen Nord- und Südirland und zwischen Irland und Großbritannien herbeigeführt werde könne.

Streit in Kopenhagen.

Kopenhagen, 1. April. Nachdem die Bäcker- und Konditorgesellen, Buchbinder, Metallarbeiter, Sattler und Tapezierer, Arbeiter und andere Arbeitergruppen gestern bereits die Arbeit niedergelegt, haben auch die Arbeiter der hiesigen Zeitungen heute morgen die Arbeit eingestellt. Von morgen ab werden nur noch radikale und sozialistische Zeitungen erscheinen. Die Postbediensteten, die Telegraphen- und Telephonangestellten, die Straßenbahner und Eisenbahner stellten morgen nach 12 Uhr den Betrieb ein.

Wie „Politiken“ meldet, hat die Regierung die Einberufung neuer Truppen angeordnet. Die in Kopenhagen stehenden Truppen sind mit scharfen Patronen versehen worden.

Brüssel, 1. April. Die belgische Nationalbank hat vom 1. April ab den Bankdiskont von 3 1/2 auf 4 1/2 Prozent erhöht.

Deutschlands „Waffenbestände“.

Die englische Presse verbreitet ein Reuters Telegramm aus Paris, wonach die internationalisierte Kommission in der Umgegend Berlins allein 3500 leichte Feldgeschütze gefunden habe, während insgesamt 12 000 Geschütze in Deutschland entdeckt worden seien, wozu noch 6000 gebrauchsfähige Flugzeuge kämen. Dabei dürfe Deutschland nach den Bedingungen des Friedensvertrags gegenwärtig nur 204 leichte Feldgeschütze und überhaupt keine Flugzeuge haben. Diese Entdeckung, fährt das Reuters Telegramm fort, hätten zusammen mit andern Nachrichten, welche die französischen Behörden empfangen hätten, beträchtliches Mißtrauen gegenüber dem Wunsche der deutschen Regierung geweckt, Truppen in das neutrale Gebiet zu senden. Man neige dazu, in dieser Bitte nur einen neuen Versuch Deutschlands zu sehen, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Deutschland habe nicht nur seine Schritte getan, um seine Streitkräfte in der festgesetzten Zeit — d. h. innerhalb der nächsten 13 Tage — auf 200 000 Mann zu verringern, es habe überhaupt so gut wie nichts unternommen, um rund 36 Paragraphen des Friedensvertrags auszuführen, deren Zeitgrenze bereits abgelaufen sei.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 30. März.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betreffend die Abwicklung von hochverräthlichen Untertanen vom März 1920: Abg. Schulz-Bromberg (D. Natl. Vp.) hat gegen den vorliegenden Inhalt des Gesetzes nichts einzuwenden, beantragt aber, die Abstimmung in den Formen vorzunehmen, die für eine Verfassungsänderung vorgeschrieben sind.

Regierungsseitig wird dem widersprochen, daß das Gesetz eine Verfassungsänderung bedinge.

Abg. Geyerle (Bayerische Vp.) ist derselben Meinung, ebenso Abg. Dr. Gehr (U.S.V.).

Der Antrag Schulz wird abgelehnt und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Dr. Haas (D. Vp.) berichtet über die Ausschussverhandlungen betreffend die Erteilung der Genehmigung zur Verhaftung des Abg. D. Traub. Der Ausschuss war der Ansicht, daß das Recht der Nationalversammlung, die Immunität der Abgeordneten auch bei politischen Vergehen zu wahren, in diesem Fall nicht anzuwenden sei. Das Volk auf der Strafe verlegen die Auslieferung.

Abg. Warmuth (D. Natl. Vp.): Der Beschluß des Ausschusses bedeutet einen Bruch mit dem Brauch des Hauses. Material über den Fall Traub liegt dem Hause absolut nicht vor. Die Tätigkeit Liebknechts und Traubs ist doch nicht zu vergleichen.

Abg. Graf Dohna (D. Vp.): Wie legen der Verfolgung der Kappisten keine Hindernisse in den Weg, aber wir wollen auch nicht von der Praxis des Hauses abweichen.

Abg. Geyer-Leipzig (U.S.V.) bittet, den Ausschussantrag abzulehnen.

Abg. Schulz-Bromberg beantragt namentliche Abstimmung, bei der auch der Reichshausler und mehrere Minister mitstimmen. Einige Demokraten stimmen gegen den Antrag. Dieser wird schließlich mit 145 gegen 71 Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Darauf verlagert sich das Haus auf 14. April.

Einberufung des Landwirtschaftsrats.

Berlin, 31. März. Der deutsche Landwirtschaftsrat ist von seinem Präsidenten, Freiherrn v. Schorlemer-Lieser, zu seiner 48. Plenarversammlung auf den 20. und 21. April nach Berlin einberufen.

München, 31. März. Der Staatsanwalt in Hof suchte die Strafverfolgung des unabhängigen Abgeordneten Klumtritt wegen Hochverrats beim Landtag nach.

Wiederherstellung Ungarns.

Budapest, 31. März. Die ungarischen Truppen sind in das von den Rumänen besetzt gewesene, jetzt wieder geräumte Gebiet vorgerückt. — Im Finanzministerium erklärte der Finanzminister, er sei gegen die Inanspruchnahme von ausländischem Kredit für Lebensmittel usw., dagegen sei ein solcher wünschenswert, um die Werte schaffende Arbeit in Gang zu bringen. Allerdings müsse man das Ausland über die wirkliche Lage Ungarns aufklären.

Die Krise in Dänemark.

Kopenhagen, 31. März. Der König hat auf das Ultimatum der Gewerkschaften geantwortet, daß er einen Staatsstreik

verabte habe. Er wünsche die Wahrung der Neutralität und ein Ministerium, das den Wahlen entspreche. Nach einer Unterredung des Königs mit dem soz. Minister, Stannung wurde der Generalfreistreich auf Mittwoch Mittag verschoben.

Das neue Ministerium hielt gestern abend beim König die erste Sitzung ab und unterschrieb das Finanzgesetz und andere vom Reichstag angenommene Gesetze. Die Reichstagsfraktionen beziehen heute vormittag.

Die sozialdemokratische Partei hat den Abgeordneten Marott, der mit dem König in dem Wunsch übereinstimmt, daß in Nordschleswig weitergehende Ansprüche zu Ungunsten Dänemarks erhoben werden sollen, aus der Partei ausgeschlossen.

Griechischer Gouverneur in Konstantinopel.

Athen, 31. März. Die Regierung trifft Maßnahmen für die Besetzung Adrianopels und Ost-Thrazien. Die Blätter berichten, daß der griechische Verkehrsminister Papavastasiu zum Gouverneur von Konstantinopel ernannt worden sei.

München, 31. März. Der Landtag hat das Gesetz über die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich angenommen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 31. März. Gestern abend wurde in der Gegend von Düsseldorf gekämpft, auch mit Artillerie. In Düsseldorf und Düsseldorf wurden Flugblätter verteilt, die auffordern, in die Rote Armee einzutreten. Vorgestern drangen 250 Mann rote Truppen in Düsseldorf ein, bemächtigten sich der Stadtverwaltung und erpressten von den Banken etwa 50 000 Mk., sie wurden aber wieder aus der Stadt hinausgedrängt. Man bemerkt, daß die roten Truppen auch dort sich von der Front zurückziehen.

Der Volksgenrat in Essen hat die Massen nicht mehr fest in der Hand. In den nordöstlichen Vororten wurde mit der Abgabe der Waffen begonnen. — In Mülheim a. R. dauert der Generalfreistreich an. Bisher erhielten die roten Truppen 350 000 Mk. von der Stadt.

Elsfeld, 31. März. In Elsfeld und Reimscheid herrscht der Generalfreistreich. Bisher wurden etwa 1000 Gewehre abgeliefert. Die Bürgermeister von Oberhausen, Reimscheid und Mülheim sind von den Roten abgesetzt worden, der Oberbürgermeister von Duisburg hat sich unter den Schutz der Belgier gegeben.

Münster i. W., 31. März. Im ganzen Industriegebiet ist der Generalfreistreich ausgebrochen mit Ausnahme der Bezirke Hagen und Hamm. Die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Dorsten ist nicht gelungen. Die „Union“ bei Dortmund ist gewaltsam stillgelegt. In Recklinghausen wurden von Banken 46 000 Mark erpresst. In Buer (Westf.) erschien eine Bande aus Essen mit 12 Todesurteilen gegen die Führer der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen.

Kiel, 31. März. Auf der Insel Fehmarn haben die Radikalen die Oberhand gewonnen und Gewalttätigkeiten verübt.

Kopenhagen, 31. März. In der heutigen Sitzung der Gewerkschaften wurde der Generalfreistreich für nächsten Dienstag beschlossen.

Jellicoes Bericht über die kanadische Flotte.

London, 31. März. Der „Economist“ meldet, daß Lord Jellicoes Bericht über die kanadische Flottenfrage zur Verteidigung der Küsten Kanadas drei leichte Kreuzer, einen Torpedobootszerstörer, 12 Torpedoboote, 8 Tauchboote und 1 Tauchboot-Unterstützungsschiff vorsieht. Der Bericht empfiehlt ferner für den Fall, daß Kanada beschließt, zur See mit dem britischen Reich zusammenzuarbeiten, den Bau von einem Schlachtschiff, zwei leichten Kreuzern, sechs Zerstörern, vier Tauchbooten und zwei Minenjuchern.

Verhaftung von Sinn Feinern.

London, 31. März. Bei einem nächtlichen Streikzug in dem Gebiet der irischen Stadt Londonderry wurden viele Sinnfeiner, darunter 80 Führer, verhaftet, ebenso das Unterhausmitglied Swenehy.

Wilson lehnt die Friedensverhandlung ab.

London, 31. März. Die „Times“ melden, Wilson habe der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus zu erkennen gegeben, daß er die Entschlieung, die die Wiederherstellung des Friedenszustands zwischen Deutschland und Amerika fordert, ablehnt. Sollte die Entschlieung doch angenommen werden, so würde er sich weigern, den Friedenszustand zu verkünden.

Streit der Bauern.

Berlin, 31. März. Laut „Vossischer Zeitung“ droht die Oberhessische Bauernschaft für den Fall, daß unverantwortliche Elemente die Ordnung und Sicherheit in den Städten föhren und von dort aus Unruhe auf das Land tragen, mit dem Lieferstreik.

Das „Loch im Westen“ bleibt offen.

Berlin, 31. März. Die feindliche Rheinlandskommission hat die deutschen Bestimmungen über die Kontrolle der Wareneinfuhr über die Westgrenze ausschließlich der Lebensmittel- und Materialsendungen für die Besatzungstruppen genehmigt. Die Ausnahmen für die Lieferungen an das Besatzungsheer sind aber derart weit gefaßt, daß sie die deutsche Kontrolle hinsichtlich machen können; überdies sollen über Elsaß-Lothringen, das Saargebiet und Luxemburg nach wie vor unerwünschte Waren hereinkommen können. Frankreich, das die Einfuhr- und Ausfuhrfrage seit Juli v. J. hinausgezögert, hat nun zu wirtschaftlichen Verhandlungen sich bereit erklärt. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob die Schließung des Lochs im Westen möglich sein wird, die eine Voraussetzung für die Besserung der deutschen Baluta ist.

Berlin, 31. März. Das Abschiedsgesuch des Generals Reinhardt ist vom Reichspräsidenten, der ihm sollte Anerkennung aussprechen, nicht genehmigt worden. Reinhardt wird demnächst die Kommandosstellen und Truppen der Reichswehr besichtigen.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 3. April 1920.
Ostern!

Karfreitag — der Triumph der rohen Gewalt über den Wehrlosen, Ostern — der Sieg des Gekreuzigten! Wie manchemal hat sich in der Geschichte der Kirche Gottes diese Wendung wiederholt!

Schon am Karfreitag Abend — welche feige Angst der Mächthaber: sie wälzen den Stein vor des Grabes Läre; sie versiegeln den Stein. Doch den Auferstandenen können sie nicht bannen, und der Auferstehungsglaube bricht durch mit der Macht der Wahrheit.

Nun ist's gelungen! — so triumphiert mit jedem Fortschritt der Naturwissenschaft der Glaube an die Geisteslosigkeit des Weltalls, an die Seelenlosigkeit des menschlichen Organismus. Schon hat der Chemiker in seiner Retorte dieselben Stoffe dargestellt, die im lebendigen Körper sich aufbauen. Nun soll noch einer an eine unsterbliche Seele, noch einer an einen Schöpfer Himmels und der Erde glauben! Doch siehe — der christliche Glaube sagt fröhlich jeden wirklichen Fortschritt des Wissens als neuen Baustein in seine Weltanschauung ein, und spottet des Wahns, als könne man die Offenbarungen der lebendigen Seele, die uns tagtäglich begegnen, damit bannen, daß man im Wunderbau des Körpers mit dem Mikroskop und im Wunderbau des Weltalls mit dem Teleskop arbeitet.

Mit einer Anklage an die Gewissen seiner Gegner hat der Osterglaube seinen Siegestanz angetreten: den Fürsten des Lebens, den habt ihr getötet; den hat Gott auferweckt. Und heute noch wendet sich der Osterglaube mit einer Anklage an das Gewissen seiner Verächter: den liebsten Trost wollt ihr den Trauernden rauben, den festesten Halt den Irrenden entreißen? Was könnt ihr ihnen zum Ersatz anbieten? Die Welt ist eifrig fast, in der ewer Wahnglaube uns die flüchtigen Erdentage zu bringen heißt; und der Preis, den ihr dem Vorwärtstrebenden bietet, ist wertlos — eine Hand voller Sand! Osterglaube allein kann an dem Grab unserer Lieben uns aufrichten; Osterglaube allein kann mit dem Ausblick auf einstige Vollendung uns ein Ziel setzen, um das zu eingen sich lohnt.

Ostern — der Sieg des Gekreuzigten und Auferstandenen, der lebendig durch die Geschichte der Völker hinschreitet, unerbittlich richtend, was von der Quelle des Lebens sich abkehrt; aber in aller Stille erquickend und segnend, was nach oben sich wendet, zum Licht und zur Wahrheit.

Unseren Karfreitag, den Sieg der rohen Gewalt über unser gutes Recht — wir Deutsche haben ihn durchlebt. Wird auch uns ein Ostern beschieden sein? Doch nur dann, wenn unser Volk allen materialistischen Schäum und Traum von sich abschüttelt und sich neu einwurzelt im Osterglauben. Dann ist Ostern das Banner unserer Hoffnung, Ostern die Bürgschaft unserer Kraft.

Ein nettes Ostergeßent hat der Gemeinderat der hiesigen Bürgerchaft beschert: Die Kilowattstunde elektr. Lichtes soll nunmehr 1 Mark kosten. Begründet wird diese beträchtliche Erhöhung mit der Steigerung der Rohmaterialpreise! Bis heute war der gewöhnliche Durchschnittsmensch der Meinung, daß die Eng ihre Kraft noch umsonst hergibt und sich an der allgemeinen Preissteigerung nicht beteiligt, daß die in Betracht kommenden erhöhten Arbeitslöhne eine fast 40prozentige Erhöhung des Lichtpreises bedingen, ist auch nicht so klar auf der Hand liegend. Es geht wirklich nicht an, daß man alles in den Feuerungsreigen hineinzwingt, nur nicht um wegen Billigkeit aufzufallen. Soll aber die Eng dazu herhalten, Ausfälle in anderen Ressorts zu decken, so wäre es viel naheliegender, aus den Gemeindeforderungen die Fehlbeiträge zu begleichen. ch.

Postalisches. Am Ostermontag, den 5. April ruht an sämtlichen Postanstalten der Ortsbestelldienst.

Kath. Gottesdienst. Ostermontag, den 4. April, 9 1/2 Uhr Predigt und Hochamt. 2 Uhr Andacht. Ostermontag, 10 Uhr Amt, nachmittags kein Gottesdienst. In den Wochentagen 7 1/2 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag nachmittags von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 27./28. März (Samstag auf Sonntag) wurde dem Besitzer der Villa Rheingold, Kaufmann v. Nautenkranz hier, aus dem hinter seiner Villa Geb. Nr. 15 Olgaste, am Waldesrand gelegenen Stallgebäude mittelst Einbruchs ein einjähriges hochträchtiges Muttereschaf, das einen Wert von mehreren 100 M. hat, gestohlen. Die Tat muß in der Zeit von 11 bis 1 Uhr nachts begangen worden sein. Nach den zurückgelassenen Spuren waren es 2 Täter. Nautenkranz setzt eine Belohnung von 100 M. aus für denjenigen, der Aufschluß über die Täter geben kann und sie so bezeichnet, daß sie dem Gericht überliefert werden können. Am Tatort wurde ein großes Stiletmesser mit Lederseide vorgefunden, das auf der Polizeiwache in Wildbad angesehen werden kann. Die Spuren führen im Waldweg Calmbach zu.

Sachdienliches kann auf der Polizeiwache hier und bei der Landjägerstelle mitgeteilt werden.

Wildbad, den 31. März 1920.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns alle Verwandte, Freunde und Bekannte besonders alle Schulkameraden und Kameradinnen zu unserer am 5. April 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum Windhof einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Karl Großmann, Windhof
Anna Henne

Kirchgang um 12 Uhr vom Hotel Ramm.

Die Kuhhalter

können ihr Guthaben für die pro März gelieferte Milch am Dienstag, den 7. ds. Mts. vorm. in Empfang nehmen.
Stadt. Lebensmittelamt.

Saatkartoffeln.

1 Waggon Saatkartoffeln ist eingetroffen und werden solche am Dienstag an die Bezugsberechtigten abgegeben. Der Zentner kostet 30 Mark.

Stadt. Lebensmittelamt.

Mädchen-Geluch.

Mädchen tüchtiges ehrliches für Haushalt und Zimmer bei hohem Lohn sofort gesucht.
Chr. Schmid & Sohn,
Tabakgroßhandlung Wildbad.

Rucksäcke, Hosenträger, echte Friedensware, einige Paar
Leder-Gamaschen
empfehlen A. Sagenlocher.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt machen wir hiermit Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß heute Karfreitag morgen 4 Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Onkel

Karl Pfeiffer

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 76 Jahren sanft in dem Herrn einschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wildbad, den 2. April 1920.

Die Gattin: Luise Pfeiffer,

die Tochter: Pauline Rometsch, geb. Pfeiffer,

der Schwiegerohn: Herm. Rometsch, Lokomotivführer.

Beerdigung Osterfest 3 Uhr.

Stuttgart, Hackstr. 5, 1. April 1920.

Todes-Anzeige.

Unsere gute Mutter

Marie Hanselmann We.

geb. Pfeiffer,

ist heute vormittag 8 1/2 Uhr in ihrem 74. Lebensjahr von uns geschieden.

Fritz u. Frida Hanselmann in Wildbad,
Julie u. Emil Stiefel in Stuttgart,
Marie u. Albert Zöllinger in Stuttgart,
Alma u. Fritz Bürkle in Stuttgart.

Feuerbestattung am Samstag, den 8. April, nachm. 4 1/2 Uhr.

Stottern

Angstgefühl, Stammeln, Näßeln, Zispeln und andere Sprachstörungen beseitigt erfahrener Spezialist unter Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler ergab, ohne Berufsübung in kurzer Zeit. Keine Apparate die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc. (Gluzelbehandlung.) Amlich beglaubigte Dankschreiben Geheilte liegen zur Einsicht auf. Nicht zu wechseln mit minderwertigem Angebot.

Südd. Spezialinstitut für Sprachstörungen

Zweigdirektion für Baden Pforzheim
Hilfstr. 3a. (Eingang Gynstraße Café Helm.)
Sprechstunden: Werktags und Sonntags 11—1 Uhr.
Den 23. März 1920. Bullinger.

Ein vollständiges Bett

und eine
Staubsaugmaschine
zu verkaufen, wer sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle allerhand
Blumenpflanzen,
Stiefmütterchen,
Bellis, Glockenblumen, Goldlack,
u. f. w.

Zum Anpflanzen von Gräbern,
sowie

Anfertigen von
Kränzen
und Buketts

empfehlen sich
Otto Schrafft, Gärtner,
Wilhelmstr. 149.

1 großer und 2 kleine
Schlüssel

an einer Kette verloren.
Abzugeben in der Baienbergstr. 217 bei Schumann.

Zu verkaufen:

- 1 Schlafzimmer-Einrichtung, Eichen Furnir,
 - 2 Betten,
 - 1 Spiegelschrank,
 - 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelaufsatz,
 - 2 Nachttische,
 - 10 Meter dunkelblaue Seide,
 - einf. Breite, Friedensware.
- Zu erfragen im Katskeller.

Bauplatz,

sonnig gelegen, sofort zu kaufen gesucht.
Angebote erb. unter „Lalwiese“ an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Wegen Entbohrlichkeit

- hat abzugeben:
- 1 vollständiges Bett,
 - 1 Kasten,
 - 2 Waschtische,
 - 2 Doultsche,
 - 1 Kleiderständer,
 - 1 Nachttisch,
 - 2 Spiegel,
 - 1 Chaiselonge.
- Villa Gutbub.

Altensteig.
30—40 Zentner

Acker-Heu,

worunter schönes Klee-Heu, hat zu verkaufen.
Joh. Joh. Engel.

6-8000 Mk.

hat gegen gute Sicherheit auszuliehen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Für erholungsbedürftigen

Serren eine Unterkunft.

möbl. Zimmer,

mit guter, voller

Verpflegung

in herrlicher Gegend (Söhlenluft) gesucht. Ausführliche Zuschriften erbeten an:

E. Hill, Postfach 135,
Oberhausen Rhld.

Rheumatismus

Gebt kostenfrei Auskunft wte Sie in 8—10 Tagen davon befreit werden.

P. Bensch, Karlsruhe
I. B., Seminarstrasse 7.
Rückporto erbeten.

Kaufe dauernd Hühner
gibte höchste Preise.
Dornbach, Rbld. Süß 54,
Regelstrasse 58.



Elise Riexinger
Eugen Riexinger
Verlobte.

Wildbad, Ostern 1920.

Elise Schwerdtle
Fritz Rauh
Verlobte.

Wildbad
Stuttgart

Dornhof O.A. Saulgau
Deiningen (Bayern)

Ostern 1920.

Liesel Esterriedt
Willy Hahn
Verlobte.

Wildbad, Ostern 1920.

Statt Karten!

Zu unserer am Ostermontag, den 5. April
im Gasthaus zur Alten Linde stattfindenden

Hochzeits-Feier

laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte
ergebenst ein.

Wildbad, den 2. April 1920.

Heinrich Stirner
Maria Munz.

Ausgang um 1/2 12 Uhr vom Gasthaus zum
„Wilden Mann“ aus.

Statt Karten!

Anna Schulmeister
Otto Faas
Verlobte.

Wildbad

Bernbach
Hirsau

Ostern 1920.

Gustav Hammer
Mathilde Hammer
geb. Treiber

grüßen als Vermählte.

Wildbad, 27. März 1920.

Versteigerung.

Infolge Verkauf meines Wirtschaftsanwesens kommen am
Mittwoch, den 7. April 1920, von vorm. 9 1/2 Uhr an
folgende Gegenstände zur Versteigerung:

Wirtschafts-Inventar, darunter 26 Stk. nuß-
baumpol. Stühle, Büffet mit Schwenktisch,
6 Tafeln, Gläser, Geweihe, Küchengefähr, ver-
schiedenes Porzellan, Bestecke, ca. 10 Betten
(Robhaar) Wolldecken, Vorhänge mit Gallerien,
Weißzeug, Bett- u. Tischwäsche, Nachttische,
Waschtische, Kästen, 1 Polstergarnitur, Fässer
von 600-900 Liter und sonst noch ver-
schiedenes.

Albert Huß
zum Jägerstüble.

Versteigerung.

Am Ostermontag, nachm. 2 Uhr, werden in der Rath-
ausgasse 60 gegen Barzahlung folgende Gegenstände ver-
kauft:

- 1 vollständiges Bett,
- 1 Bettlade mit Roll,
- 2 Kästen,
- 1 Komode,
- Tische, Stühle, Spiegel, Uhr, Küchengefähr,
- Porzellan und sonst noch verschiedenes,
- 1 Seil mit Rolle.

Wilhelm Kübler.

**Café Bechtle
bis 1. Mai geschlossen.**

Wildbad.

**Zur Bekämpfung des amerikanischen
Stachelbeermehltaus!**

Die Pflanzenseuche des amerikanischen Stachelbeermehl-
taus ist in den letzten Jahren auch hier verschiedentlich be-
obachtet worden.

Zwecks Anleitung zu dessen Bekämpfung, hat die württ.
Landesanstalt für Pflanzenschutz, Flugblätter herausgegeben
und stehen solche Interessenten durch Karl Schober, Gärtner
hier, unentgeltlich zur Verfügung.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Am nächsten Samstag abends 7 1/2 Uhr rücken die
Züge I, II und IV, (einschl. mech. Leiter)
zur Übung

aus. Ein Signal wird nicht gegeben.

Das Commando.

Fußball-Verein Wildbad.

Vereinig. Fußball- und Sportverein.

Samstag, den 3. April, abends 7 Uhr,

Monatsversammlung

im Lokal „Alte Linde“. Wegen äußerst
wichtiger Tagesordnung wird das dringen-
de Erscheinen aller Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.



Für Ostern

empfehle schöne blühende Pflanzen sowie Nelken.
Auch habe ich noch einige schöne Apfel- und Birn-
Hochstämme abzugeben.

Adolf Fischer,
Gärtnerei Holz.

Ostersonntag, den 4. April 1920

WirtschaftsSchluß

wozu Freunde und Bekannte freund-
lichst einladet

A. Huß z. Jägerstüble.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Am Ostermontag, früh 1/2 8 Uhr treten der
Stab und die Züge I bis VII betr. Abhaltung
einer

ökonom. Musterung

und Ergänzung der Stammrolle, vor dem Feuer-
wehrmagazin an.

Sämtliche ararischen Gegenstände wie Laternen etc. sind
mitzubringen.

Anschließend findet die Wahl des Kassiers statt.
Das Kommando.



**Die Dampffärberei und
Chem. Waschanstalt**

Carl Steurer, Freudenstadt

hat bei den Herren

A. Waidelich Schneidmtr. Wildbad

C. Stieringer „Neuenbürg

Annahmestellen

eröffnet und empfiehlt sich im

Färben u. chem. Reinigen

sämtlicher

Herren- u. Damen-Garderoben, Cep-
pichen, Gardinen, Stores usw.

bei schnellster Rücklieferung und billigster Be-
rechnung.

Spezialität:

Militärsachen

(zertrümmert und unzertrümmert) werden in allen
Farben gefärbt.

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a. N.

Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelsschule auch für Mädchen.

Sprollenhäus.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und
Bekante zu unserer am Ostermontag, den 5.
April 1920, im Gasthaus zum „Hirsch“ statt-
findenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Karl Haag

Emma Haag,
geb. Moller.

Trauung um 11 Uhr in Wildbad vom Gast-
haus z. Wilden Mann aus.

Zu verkaufen:

- 1 bereits neues Fahrrad mit
neuer Bereifung.
- 1 Warenschrank, sowie ein
Ladentisch.
- 2 neue Nachttische.
- 1 Schüsselbrett.

Christian Weimert,
Rathausgasse 81.

Bitte ausschneiden! Erscheint nur einmal!
Eier! Achtung! Eier!
Neue grossartige Erfindung.

Es ist erwiesene Tatsache, daß dem deutschen hungernden
Volk jährlich während der Brutzeit über eine Million wert-
volle unbefruchtete Bruteier verloren gehen, die ein Kapital
von einigen Millionen Mark repräsentieren. Durch die in
den letzten Kriegsjahren dauernd gestiegenen Eierpreise habe
ich mir zur Aufgabe gemacht, einen Apparat für die Allge-
meinheit zu schaffen, mit welchem man genau feststellen
kann, ob das Ei befruchtet oder unbefruchtet ist. An
Hand dieses einfachen Apparates kann jeder auch damit
feststellen, ob in dem Ei der Keim und das Leben einer
Henne oder eines Hähnchens verborgen liegt. Wenn dieses
nicht glaubhaft erscheint kann ja den Apparat mit einem
lebenden Wesen ausprobieren. Man fängt einfach einen
lebenden Hahn, Henne, Gans oder dergleichen. Sobald
man den Apparat bei einem solchen Tiere zur Anwendung
bringt, so zeigt dieser genau an, ob man ein männliches
oder weibliches Tiergeschlecht in Händen hat. Außerdem
kann man bei Kaninchen vom ersten Tage der Geburt an
feststellen, ob es ein Kammeler oder eine Häslein ist. Nehmen
wir nun mal folgendes Beispiel an: Einer Glucke werden
durchschnittlich 12-14 Eier untergesetzt. Von dieser Zahl
sind mindestens 3-6 unbefruchtet, besonders in der jetzigen
Zeit bei dem knappen Körnerfutter. Rechnen wir das
Brutei zu 60-70 Pfg., so gibt es schon bei einer Glucke
einen Geldverlust von ca. M. 2.- bis M. 4.-. Durch-
schnittlich legt ja fast jeder 5-10 Glucken an, woraus sich
ein jährlicher Gewinn von M. 10.- bis M. 30.- ergibt,
so daß sich dieser billige und brauchbare Apparat im Jahre
einige Male bezahlt macht. Dann hat der Apparat noch
den ganz besonderen Vorteil, daß er uns anzeigt, ob in
dem Ei der Keim einer Henne oder eines Hähnchens gelegt
ist, denn jeder will doch möglichst nur Hühner und keine
Hähne züchten. Zuletzt hat jeder noch den großen Vorteil,
daß dieser Apparat lebenslanglich zu benutzen geht. Der
Anschaffungspreis beträgt per Nachnahme M. 6.-. Bei
Nichterfolg Geld zurück. Bestellungen wolle man richten an

Gutsbesitzer Hofmann, Zschopperitz Nr. 263
Post Dobitzschen (S.-Altenbg.).